

Personalräteversammlung des Gesamtpersonalrats und der örtlichen Personalräte im öffentlichen Dienst

Nils Winter

Auf der Personalräteversammlung am Freitag, 7. Februar 2025, im kleinen Saal der Glocke, waren der Präsident des Senats und Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte und der Senator für Finanzen und Bürgermeister Björn Fecker auf Einladung des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen vor Ort. Sie haben sich die Situationen von den Personalräten und Gewerkschaften an den jeweiligen Dienststellen angehört und dazu Stellung genommen.

Für den Personalrat der Polizei Bremen hat die Personalratsvorsitzende, unser GdP-Mitglied Kim Kunze, die vorhandenen Probleme bei der Polizei Bremen dargestellt, unter anderem die Unterfinanzierung in der IT, im Fuhrpark und bei den Gebäuden der Polizei.

Der GdP-Landesvorsitzende Nils Winter ergänzte und stellte unter anderem die hohen Belastungen bei der Polizei Bremen, im Ordnungsamt, Bürgeramt und Migrationsamt mit Zahlen dar. Hier Auszüge aus seiner Rede:

„Belastungen bei der Polizei und in den Ämtern: die hohe Arbeitsdichte beim Ordnungsamt und der Polizei. Seit 2016 haben sich die Versammlungslagen in Bremen verfünffacht! Von etwa 200 auf über 1.000 im letzten Jahr.

Die Einsatzzahlen werden den historischen Rekordwert aus dem Jahr 2023 toppen. Und wie steht es um die Halde bei der Kriminalpolizei?

Beim Bürgeramt sind die Vorsprachen innerhalb eines Jahres um 20.000 auf 410.000 gestiegen. Den Unmut der Bürger:innen über die desolaten Zustände bekommen die Beschäftigten täglich ab: zu wenig Personal und unzuverlässige Technik.

Das Migrationsamt hat seit 2019 einen starken Anstieg bei den Einbürgerungen zu verzeichnen und von 2020 auf 2021 haben sich die Zahlen verdoppelt und steigen jedes Jahr weiter an.

Ein Wahnsinn, den die Kolleginnen und Kollegen leisten müssen. Sie sind alle am Limit. Wie soll die Entlastung bei den Be-

schäftigten aussehen und die Qualität der Dienstleistungen aufrechterhalten werden?

Einstellungen: Man hört immer wieder, dass unter anderem die Polizei von den Einsparungen ausgenommen ist. Wie viele Einstellungen können denn in den nächsten Jahren realisiert werden? Eine solche prekäre personelle Situation, wie in den mehr als zwei Jahrzehnten zuvor, darf es nicht wieder geben. Beim Bürgeramt wird die Personalmehrung der letzten Jahre durch die ebenso hohe Abwanderung geschluckt. Ähnlich sieht es beim Migrationsamt aus, wo es lediglich Nachbesetzungen gibt und somit kein personeller Aufwuchs, obwohl auch hier die Aufgaben steigen. So etwas macht krank. Der Dienstherr hat eine Fürsorgepflicht. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes wird so nicht steigen.“

Die Polizei, die Ämter, der gesamte öffentliche Dienst in Bremen und Bremerhaven benötigen die zwingend erforderlichen materiellen und personellen Ressourcen. Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst leisten trotz weltweiter Krisen eine professionelle und sehr gute Arbeit. Sie verdienen große Hochachtung.

Zum Schluss seines Redebeitrags gab der GdP-Landesvorsitzende noch einen Hinweis auf die Bürgermeister-Smidt-Brücke, wo man Folgendes lesen kann:

„WAT MUTT, DAT MUTT“



V. l.: Nils Winter und Kim Kunze



„Der Kurs ist gesetzt“: die Einsatzzüge sind weiter in der Abwrackwerft

Mit der „Strategie DREIUNDVIERUNDZWANZIG“ reagierte die Polizeiführung auf eine Vielzahl an Missständen, die bei der Polizei Bremen im Laufe der Jahre entstanden waren. Ziel dieser Strategie sollte die Stärkung der Kernbereiche sein. Als einer dieser Kernbereiche wurden Maßnahmen aus besonderem Anlass (MabA) identifiziert. Ziel war zunächst die Belastungsreduzierung im Zusammenhang mit MabA, im weiteren Verlauf die Verstärkung dieses Prozesses. So weit die Theorie in der ersten Jahreshälfte 2023.

Im Frühjahr 2024 wurde durch die Polizeiführung nachgelegt. Unter der Überschrift „Arbeitsbelastung“ wurde darauf hingewiesen, dass der Personalmangel vorerst andauern wird, allerdings wurde eine Entspannung im Personalhaushalt für Ende 2024 in Aussicht gestellt.

Die Fachgruppe der Bereitschaftspolizei wies im Rahmen der Fachgruppentagung in Tossens im Mai 2024 sowohl den Polizeipräsidenten Herrn Fasse wie auch den Polizeivizepräsidenten Herrn Robbers deutlich darauf hin, dass die Personalnot in den Einsatzzügen bei einer stetig steigenden Anzahl an Einsatzanlässen von Jahr zu Jahr größer wird. Als Er-

gebnis gab es zumindest einen Prüfauftrag an die Direktion Einsatz, die vor Jahren aus der Personalnot resultierende Untergrenze von 1:25 sukzessive zu erhöhen. Prüfergebnis: leider ab Oktober 2024 noch nicht möglich!

Mit wenig Verwunderung musste mit Abschluss des neuen Studienjahrgangs zum April 2025 festgestellt werden, dass wieder das komplette Personal in die Polizei Bremen verplant wurde, ohne dabei die Untergrenze der Einsatzzüge zu erhöhen. Stattdessen wurden andere Bereiche erneut priorisiert. Eine Unterdeckung der Stärke der Einsatzhundertschaften gegenüber dem Verwaltungsabkommen mit dem Bund von bis zu 60 Kolleginnen und

Kollegen wird weiter in Kauf genommen: und das zulasten aller Kolleginnen und Kollegen, die in der AAO und bei MabA eingesetzt werden. Im Kontrast dazu steigt die Anzahl der zu bewältigenden Einsatzlagen auch in den vergangenen Monaten kontinuierlich weiter. Bislang, ohne dass durch die Polizeiführung darauf reagiert wird. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Die durchschnittliche Personalstärke der Einsatzzüge hat sich in den Jahren 2020 bis 2024 um weitere 10 % reduziert.

Die Einsatzzüge der Bereitschaftspolizei sind das Multiwerkzeug der Direktion Einsatz. Sie sind in den priorisierten Prozessen 110 und MabA elementarer Kernbestandteil. Sie sind 24/7 verfügbar und versehen ihren Dienst am Bedarf ausgerichtet in den identifizierten Zeiten mit den höchsten Einsatzbelastungen. An den Wochenenden leisten sie weiter Zwölf-Stunden-Dienste ab, stehen auch flexibel bei kurzfristigen MabA zur Verfügung, besetzen TI-Fahrzeuge sowie die UEG und unterstützen unentwegt an den großen Brennpunkten wie u. a. dem Hauptbahnhof.

Ein kleiner Lichtblick: Im Rahmen der Sprechstunde mit der Direktionsleitung Einsatz am 20. Februar 2025 wurde als erster Schritt die erneute Prüfung der sukzessiven Erhöhung der Untergrenze der Zugstärken auf 1:27 ab Oktober 2025 angekündigt. Ergebnis ausstehend.

In diesem Sinne: ahoi!
Fachgruppe der Bereitschaftspolizei



Podiumsdiskussion

Interview mit
Jan de VriesV. l.: Burkard Knöpker, Andrea Wommelsdorf,
Ulrich Mäurer, Antje Grotheer

ERÖFFNUNGSFEIER

Ausstellung „Der Mensch dahinter“

Bei der Eröffnungsfeier der Ausstellung „Der Mensch dahinter“ am Donnerstag, 13. Februar 2025, waren etwa 100 Gäste in der Bremischen Bürgerschaft erschienen.

Nils Winter

Neben den Grußworten der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft, Antje Grotheer, und des Senators für Inneres und Sport, Ulrich Mäurer, richtete auch der GdP-Landesvorsitzende Nils Winter ein paar Worte an die Gäste. Hier Auszüge aus den Grußworten vom Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei:

„Sehr geehrte Frau Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft Antje Grotheer, sehr geehrter Herr Senator für Inneres und Sport, Ulrich Mäurer, sehr geehrtes Team der Initiative Respekt und Toleranz e.V., sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Namen der Gewerkschaft der Polizei danken wir allen Beteiligten, dass die Ausstellung „Der Mensch dahinter“ von der Initiative Respekt und Toleranz e. V. aus Münster heute eröffnet wird. Ein besonderer Dank geht an Sie, Frau Grotheer, dass die Ausstellung hier in der Bürgerschaft gezeigt werden kann, und an Herrn Senator Mäurer für seine Unterstützung, die Ausstellung nach Bremen zu holen.

Ganz besonders danken möchten wir Andrea Wommelsdorf, Burkard Knöpker und Dr. Dirk Reinhardt von der Initiative Respekt und Toleranz e. V. aus Münster, ohne die es diese Ausstellung nicht geben würde. Seit Februar 2022 präsentieren sie die Ausstellung inzwischen in knapp 30 Städten bundesweit und nun auch hier in Bremen. Vielen Dank für euer großartiges ehrenamtliches Engagement. Ihr leistet damit einen großen Beitrag



Nils Winter

für einen respektvolleren Umgang in unserer Gesellschaft. Danke dafür. Uns als Gewerkschaft der Polizei bewegt das Thema Gewalt gegen Polizeibeamte schon seit etlichen Jahren. 2011 hat die JUNGE GRUPPE der GdP die Kampagne „Auch Mensch“ ins Leben gerufen und im Februar 2020 startete die DGB-Kampagne „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“. Vor dem Hintergrund der steigenden Übergriffe auf Beschäftigte der in der Öffentlichkeit stehenden Berufsgruppen, wie unter anderem Polizei, Feuerwehr, Rettungskräfte und Beschäftigte in den Ämtern, ist es uns wichtig, immer wieder darauf aufmerksam zu machen. Daher freue ich mich, dass mein erster persönlicher Kontakt mit Andrea Wommelsdorf vor etwa zwei Jahren dazu geführt hat, dass die Ausstellung heute hier in Bremen gezeigt wird.

Die Gewalt gegen Einsatzkräfte ist auf einem hohen Niveau. Nicht nur an Silvester und bei Sonderlagen werden Sicherheitskräfte angegriffen, sondern auch im alltäglichen Dienst. Im Jahr 2023 gab es 540 Straftaten von Gewalt gegen Polizeibeamte in Bremen und Bremerhaven. In den letzten zehn Jahren war es ein Mittelwert von über 485 Straftaten in den beiden Städten. Ebenso berichten unsere Mitglieder, die in den Ämtern beschäftigt sind, von physischer und psychi-

scher Gewalt. Leider gibt es hierzu keine Zahlen. Wir würden uns wünschen, dass diese Zahlen mit in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) aufgenommen werden.

Die Ausstellung „Der Mensch“ dahinter ist ein weiterer wichtiger Schritt, um auf den oft fehlenden Respekt gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst hinzuweisen. Es ist unerlässlich, dass die Gesellschaft die Herausforderungen anerkennt, mit denen diese Kolleginnen und Kollegen konfrontiert sind.

Daher unser großer Dank an die Kollegin Corinna Strehler-Malchow, den Kollegen Jan de Vries von der Polizei Bremen, Daniel Heidtmann von der Ortspolizeibehörde Bremerhaven und Hauke Laverentz von der Feuerwehr Bremen, dass sie mit ihrem „Erlebtem“ als Interviewpartner zur Verfügung standen und damit die Ausstellung erweitert haben. Im Rahmen des Projekts hat das Team der Initiative Respekt und Toleranz e. V. bereits 150 Interviews mit Angehörigen der genannten Berufsgruppen geführt. Nochmals vielen Dank dafür, dass ihr den Kolleginnen und Kollegen durch die Ausstellung eine Stimme gebt.

Zum Abschluss meines Beitrags möchte ich noch folgenden Appell loswerden:

Wir sind alle aufgefordert, dass wir respektvoll miteinander umgehen. Nicht nur in diesen schweren Zeiten, wie wir sie aktuell alle erleben müssen, sondern jederzeit. Ein friedlicher Umgang ist das Allerwichtigste, auch, wenn man nicht immer einer Meinung ist. Das macht unsere freiheitliche demokratische Grundordnung so besonders und lebenswert.“

Im Anschluss der Redebeiträge gab es noch eine Podiumsdiskussion mit dem Senator für Inneres und Sport, Ulrich Mäurer, der Direktionsleiterin Einsatz der Polizei Bremen, Andrea Witrock, Andrea Wommelsdorf von der Initiative Respekt und Toleranz e.V. sowie Jan de Vries. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von der Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer. ■



Die Drohnen der Polizei Bremen sind abflugbereit – Gesetzesregelung fehlt weiterhin

Seit Sommer 2023 verfügt die Polizei Bremen über zwei Einsatzdrohnen. Um die besatzungslosen Luftfahrtsysteme (Drohnen) einsetzen zu können, wurden vier Kollegen der Polizei Bremen zum polizeilichen Luftfahrzeugfernführer und eine Kollegin der Polizei Bremen zur polizeilichen Luftfahrzeugfernführerin ausgebildet.

Nils Winter



Im vierten Quartal 2024, nach Aufnahme des Drohnenflugbetriebs, wurden die Drohnen im Rahmen strafprozessualer Maßnahmen viermal eingesetzt. In einem Fall, um nach Beweismitteln zu suchen und in den drei anderen Fällen zur Tatortdokumentation. Zur Gefahrenabwehr dürfen die Drohnen aber nicht eingesetzt werden.

Der Polizei Bremen wird ein wichtiges Einsatzmittel zur Gefahrenabwehr vorenthalten. Insbesondere bei der Suche nach vermissten Personen, aber unter anderem auch bei Bombenentschärfungen, darf die Polizei die Drohnen nicht fliegen lassen. Die Drohnen sind bezahlt und die Piloten sind ausgebildet. Am Geld liegt es also nicht. Es liegt an der Politik, die erforderliche gesetzliche Grundlage im Bremischen Polizeigesetz zu schaffen. Wir er-

warten, dass für die Polizei schnellstens die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Drohne kann Menschenleben retten.

Der Einsatz von Drohnen spart Geld und Personal. Anstelle eines kompletten Einsatzzuges reichen bei einer Personenabsuche im Gelände zwei- bis drei polizeiliche Luftfahrzeugfernführer. In der Vergangenheit hat die Polizei Bremen bei der Suche nach vermissten Personen sowohl mit einer Rettungshundestaffel als auch mit Rettungsdrohnen (zur Absuche an Gewässern) aus dem niedersächsischen Umland zusammengearbeitet. Es ist klasse, dass die Nachbargemeinden von Bremen unterstützen. Dafür unser großer Dank. Bei vermissten Personen zählt aber jede Minute. Die Drohnen sind ein effektives Einsatzmittel für zahlreiche polizei-

liche Einsatzgebiete. Daher haben wir eine hohe Erwartungshaltung an die Politik, dass schnellstens Abhilfe geschaffen wird.

Bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven gibt es noch keine Drohne und ebenso wenig ausgebildete polizeiliche Luftfahrzeugfernführer. Hier muss schnellstens aufgerüstet werden.

Die Einsatz von Polizeidrohnern war Thema auf der Sitzung der Deputation für Inneres am 20. Februar 2025. Laut rechtlicher Einschätzung aus dem Haus des Senators für Inneres und Sport reicht ein Erlass nicht aus, um die Polizeidrohnern zur Gefahrenabwehr einzusetzen. Es muss im Bremischen Polizeigesetz aufgenommen werden. ■



Bremische Bürgerschaft debattiert Polizeigesetz

Wir brauchen dringend ein neues Polizeigesetz.

Die CDU Bremen schlägt Änderungen für das Bremische Polizeigesetz vor und die Bremische Bürgerschaft debattierte am Donnerstag, 27. Februar 2025, den Vorschlag. Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei (GdP) brauchen die Polizei Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven dringend ein neues, anderes Polizeigesetz.

Nils Winter

Zu viel Datenschutz, keine Drohnen und keine Überwachungsmöglichkeiten – das Bremer Polizeigesetz ist nicht mehr zeitgemäß für unsere Polizeiarbeit und muss dringend verändert werden.

Völlig befremdlich sei aus Sicht des bei der Debatte anwesenden GdP-Landesvorsitzenden Nils Winter, dass es jetzt schon Einigkeit und Mehrheit für verschiedene Änderungen gibt, aber dennoch keine Gesetzesanträge beschlossen wurden. Wir kommen kaum noch gegen die Kriminalität und vielen Einsätze im Polizeialltag an. Wir sind Schlusslicht beim Polizeigesetz, aber

Spitzenreiter beim Datenschutz. Wir dürfen keine künstliche Intelligenz oder automatisierte Hilfe nutzen. Wir haben dafür kein Verständnis mehr.

Die GdP fordert daher von der Bremischen Bürgerschaft mehr Geld, mehr Polizisten und moderne Befugnisse. Bei der Debatte hat der Senator für Inneres und Sport, Ulrich Mäurer, mitgeteilt, dass die Regierungskoalition bis zum Sommer einen Entwurf zum neuen Polizeigesetz in der Bürgerschaft einreichen wird.

Die polizeiliche Bekämpfung u. a. des Terrorismus, des Rechts- und Linksextremismus im Land Bremen darf nicht durch zu wenig Personal, veraltete Technik oder fehlende Befugnisse der Polizei erschwert werden, sondern muss zum Schutz der Gesellschaft konsequent und schnell umgesetzt werden können. Die Politik muss jetzt handeln. ■



Nils Winter

Foto: GdP Bremen

DP – Deutsche Polizei
Bremen

Geschäftsstelle
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon (0421) 949585-0
Telefax (0421) 949585-9
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78,
28195 Bremen



TESTAMENT?! ICH BIN UNSTERBLICH!

Der Tod ist für viele von uns kein Thema. Deshalb ist auch alles, was uns damit verbinden könnte, tabu.

Siggi Holschen

Gerade wir Angehörigen der Polizei sind in der Regel so ausgebildet worden, dass wir bereits im Vorfeld mit allem rechnen müssen.

Wieso ignorieren wir dieses in unserem privaten Bereich?

Jeder Kauf wird von uns akribisch unter die Lupe gekommen, um die Gefahr einer Fehleinschätzung zu minimieren.

Egal ob es Angst, Gleichgültigkeit, Vergesslichkeit etc. ist, es ist einfach DUMM und ausgesprochen EGOISTISCH, kein Testament hinterlegt zu haben.

- Und dann tritt auf einmal der WORST CASE ein.
- Der Partner, die Partnerin ist auf einmal tot.
- Beide sind nicht verheiratet.
- Kein Testament.

Alles, was im Vorfeld längst be- und versprochen wurde, hat seine Gültigkeit verloren.

Erben werden diejenigen, die laut BGB Berechtigte sind. Egal ob die Verstorbene/der Verstorbene dieses abgelehnt hat.

Jeder/jede von uns kennt jemanden, der/die das erlebt haben.

Zu der Trauer um einen geliebten Menschen, mit dem man vielleicht schon viele Jahre zusammengelebt hatte, kommt jetzt auch noch die Angst hinzu: Was passiert mit allem, was von beiden gekauft wurde und worüber es z. B. keine Quittungen mehr gibt?

Muss man aus dem Haus ausziehen, weil man nicht mit im Grundbuch steht etc.?

Die Erklärung ist simpel. Kein Testament, keine Berechtigte, kein Berechtigter, kein Geld! Und das nach einer mehr als langjährigen Beziehung.

Fazit

ÜBERLASST NICHTS DEM ZUFALL!

NIEMAND IST UNSTERBLICH! ■

Testament





Landesvorsitzender Nils Winter zu Gast bei der Personalversammlung des Bürgeramtes

Das Bürgeramt kann den Bürgeranliegen seit Jahren nicht mehr angemessen nachkommen. Wenn überhaupt freie Termine zur Verfügung stehen, liegen sie Monate in der Zukunft oder sind in kürzester Zeit wieder ausgebucht.

Es ist offensichtlich, wie diese Problemlage zustande kommt. Es ist der knappe Haushalt, der Bremen dauerhaft zu Einsparungen zwingt. Die Einsparungen beim Personal, bei einer zuverlässigen technischen Ausstattung und der Gesundheitsfürsorge für die Mitarbeitenden bringen die Funktionsfähigkeit des Bürgeramtes immer wieder an ihre Grenzen und darüber hinaus.

Bremens Bevölkerung wächst, aber das Personal kann nicht angemessen aufgestockt werden. So fordert die Politik immer wieder ein größeres Terminangebot für Bremer Bürgerinnen und Bürger, ist aber nicht in der Lage, im Bürgeramt stabile Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Selbst gesetzlich verpflichtende Arbeitsschutzmaßnahmen werden im Bürgeramt meist gar nicht oder nur ungenügend umgesetzt.

Da ist es kein Wunder, dass Bremens Bürgerinnen und Bürger frustriert sind. Nur: Wer ist diesem Frust täglich ausgesetzt? Die Mitarbeitenden, die Tag für Tag die Anliegen der Bremer Bevölkerung bearbeiten. „Beim Bürgeramt sind die Vorsprachen innerhalb eines Jahres um 20.000 auf 410.000 gestiegen. Den Unmut der Bürgerinnen und Bürger über die desolaten Zustände bekommen die Beschäftigten täglich ab: zu wenig Personal und unzuverlässige Technik.“

Die Mitarbeitenden werden krank, orientieren sich um und bewerben sich weg. Wenn neues Personal eingestellt wird, dann gleicht es diese Abgänge bestenfalls quantitativ aus, aber das über Jahre erworbene Fachwissen ist erst mal weg. Aus Kostengründen wird das neue Personal im Haukruckverfahren oberflächlich qualifiziert, wodurch die Qualität der Dienstleistungen weiter abnimmt.

Auch eine Entlastung durch Digitalisierung ist nicht zu spüren, denn aufgrund der steigenden Arbeitsverdichtung bleiben keine Ressourcen, die Bürgerinnen und Bürger zu digitalen Angeboten zu beraten. Und selbst wenn sie dann digitale Angebote nutzen wollen, stehen diese mangels technischer und datenschutzrechtlicher Rahmenbedingungen oft nicht zur Verfügung. Durch die schlecht organisierte Einführung der neuen Software VOIS, die nahezu alle Fachbereiche im Bürgeramt umfasst, wird die Bearbeitung der Bürgeranliegen in vielen Fällen ausgebremst. So schließt sich der Kreis aus Unzufriedenheit, Umorientierung und Abwanderung, und der Frust steigt auf beiden Seiten.

In diesem Zuge ist auch ein Anstieg übergreifigen Verhaltens zu beobachten, welches auch in Straftaten durch aufgebrachte Bürgerinnen und Bürger mündet. Verbale und tätige Übergriffe werden im Bürgeramt aber nicht zur Strafanzeige gebracht, da die Mitarbeitenden dies eigenständig privat veranlassen sollen, wovor viele aus gutem Grund zurückschrecken.

„Wir würden uns wünschen, wenn diese Zahlen mit in die polizeiliche Kriminalstatistik aufgenommen werden. Dafür müssen auch Strafanzeigen gestellt werden. Dafür reicht es aus, dass die Anschrift des Behördenzentrums angegeben wird. Warum die Privatanschrift angegeben werden muss, erschließt sich mir nicht“, so Nils Winter.

Im Gespräch mit der GdP wird deutlich, dass die Probleme des Bürgeramtes auch in anderen Behörden des Innenressorts bestehen, den Forderungen des Personalrats hat Nils Winter mit seinem Redebeitrag Nachdruck verliehen.

Timo Kuzyk

Foto: GdP Bremen





Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe 2025, Landesjournal Bremen, ist der 2. April 2025
Artikel bitte mailen an: klossi@onlinehome.de

Ein erfolgreiches Seminar – Fachgruppe Schutzpolizei in Tossens

Das Auftaktseminar der neuen Fachgruppe Schutzpolizei war ein voller Erfolg unter Leitung des neuen Fachgruppenvorsitzenden Tobias Hübner. Unter dem Motto „Die Gewerkschaft in der Gesellschaft“ haben sich Mitglieder der Fachgruppe Schutzpolizei vom 17. bis 19. Februar an der Nordseeküste zu einem Seminar getroffen.

Bei konstruktivem Austausch wurden insbesondere die Themenbereiche Belastung, anstehende Herausforderungen durch demografische Entwicklung sowie die Auswirkung der anstehenden Bundestagswahl besprochen.

Die Teilnehmer äußerten sich durchweg positiv zum Seminar, welches ihnen als Bildungszeit zur Verfügung gestellt wurde.

Als Gast durfte der Abteilungsleiter der E6, Dr. Knud Diedrich, begrüßt werden. Er berichtete uns aus der aktuellen Abteilungsleiterbesprechung und konnte einige brennende Fragen der Teilnehmer beantworten. Gemeinsam wurde über Digitali-

sierung, Strategien zur Belastungsberechnung und Belastungsbewältigung sowie die Schwierigkeiten des neuen Beurteilungssystems diskutiert.

Auch für ein abendfüllendes Freizeitprogramm war gesorgt. Bei gutem Essen und bestem Wetter ließen die Teilnehmer die Abende ausklingen.

Du möchtest auch dabei sein? Bereits vom 20. bis 22. Oktober findet die nächste Ausgabe statt. Melde dich hierzu bei der Geschäftsstelle an!



Tobias Hübner,
Vorsitzender
Fachgruppe
Schutzpolizei